Sagen, was Sache ist.

informiert engagiert und unzensiert

Wir sind Europa!

's Rote Füchsle

Nr. 183 **erscheint monatlich** **1. Januar 2009**

Mitteilungsblatt des SPD-Ortsvereins Ehingen / Donau und Umgebung

"Wer *[grundsätzlich]* gegen Politik ist. ist für die Politik, die mit ihm gemacht wird."
Bertolt Brecht (1898 - 1956)

15 Jahre Rotes Füchsle: Glückwünsche* der etwas besonderen Art

CHRISTIAN LANGE
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES
PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER
DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION
VORSITZENDER DER SPD-LANDESGRUPPE
BADEN-WÜRTTEMBERG

Zunächst möchte ich ganz herzlich zum 15-jährigen Bestehen des Roten Füchsles gratulieren! Das ist eine hervorragende Leistung, die man gar nicht genug würdigen kann.

Damit steht das Mitteilungsblatt des Ortvereins Ehingen ganz in alter sozialdemokratischer Tradition, eine „Gegenöffentlichkeit" zu bilden, um sozialdemokratische Meinungen und Standpunkte zu diskutieren und zu publizieren. Das ist gerade in Gegenden von größter Bedeutung, in denen die Presse nicht sehr SPD-freundlich gesinnt ist!

Wenn ihr wollt, kann ich 's Rote Füchsle monatlich über den Landesgruppenverteiler an alle baden-württembergischen Bundestagsabgeordneten verschicken.

Ich wünsche der gesamten Redaktion weiterhin viel Erfolg!

Kann es sein, dass das Füchsle für Dezember noch nicht unterwegs ist? Bei mir ist noch nichts eingegangen. Peter Hörner, Schelklingen

Was gibt's diesmal?

2 Liebe Leser/-innen!
Wir gratulieren | Impressum
3 Kontakte | Protokoll 60 plus
4 SPD-Berichte aus Berlin
5 Leserpost
6 Straßennamen im Rosengarten
7 Ehingen in dunkler Zeit 1933-45
8 Aus der Arbeit des Europäischen Parlaments
Leserpost
9 Der Kunde ist der Depp
(R)umgefragt (nachgeschoben)
Eine tote Kuh und das ...
10 Damals im Januar
11 Allerlei Lehrer
12 Notizen aus der Kreistagsarbeit
13 Es stand vor 10 Jahren ...
(A)bgestimmt - wie?
14 (R)umgefragt
18 Leserpost
19 Haushaltsrede (I)
23 Blick über den Zaun
24 Termine, Hinweise u. a.

* Freundliche Leserreaktionen und inhaltliches Eingehen auf 's letzte Rote Füchsle werden dankbar auch als (unausgesprochene) Jubiläumsgabe empfunden. ■

Adress-Aufkleber

Liebe Leserinnen und Leser!

Liebe Genossin SPD-Bundesschatzmeisterin Barbara Hendricks MdB,

du schicktest auch mir den SPD-Spendenaufruf. Dazu habe ich eine Bemerkung:

Du schreibst zur "Hessengeschichte" u.a.:

"...schmerzhaft, weil es Genossinnen und Genossen, Mitglieder unserer Partei waren, die - aus welchen Gründen auch immer - die Verantwortung für dieses Scheitern tragen."

Du beziehst in einem Spendenaufruf damit einseitig Position. Ich will dir das Recht nicht abstreiten, die Vorgänge in Hessen gerade so zu bewerten. Ich selber überlegte mir andererseits ernsthaft, ob man nicht die vier MdLs für die Verleihung der Willy-Brandt-Medaille vorschlagen sollte. Meine Begründung wäre gewesen:

a) Sie erinnerten sich an die heiligen Schwüre vor der Wahl, die andere vergessen machen wollten.

b) Sie bewahrten Andrea Y. vor dem enormen Risiko, ohne eigene Mehrheit jederzeit erpressbar zu sein, bei jeder sich bietenden Situation der machtlosen Lächerlichkeit preisgegeben.

Ich will damit nicht behaupten, man MÜSSE es so sehen. Ich meine aber, man KÖNNTE es so sehen. Dir in deiner Eigenschaft als Schatzmeisterin steht es m. E. nicht zu, deine Position als alleinige in einem Spendenaufruf darzustellen.

Damit du siehst, wer dir schreibt:

Ich heiße Ludwig Dorner, wohne in Baden-Württemberg, bin bald 40 Jahre in der SPD, meine Frau ebenso. Diese war lange Jahre Kreis- und ist jetzt Ehrenkreisvorsitzende, seit wohl über 20 Jahren ist sie Ortsvereinsvorsitzende, sie ist SPD-Kreistagsmitglied, und ich selbst gebe seit genau 15 Jahren als gewählter Verantwortlicher unser monatliches Mitteilungsblatt 's Rote Füchsle heraus. Ich füge dir die Dezemberausgabe im Anhang bei und empfehle sie deiner Aufmerksamkeit.

Du sollst dadurch wieder einmal gezeigt bekommen, dass die Basis auch was tut und auch selber denkt und auch durchaus unterschiedliche Meinungen hat.

Ich würde mich für's Rote Füchsle über eine Antwort von dir sehr freuen.

Ludwig Dorner

„Rund" oder „höher": Wir gratulieren diesmal ...

Geburtstag „rund" = durch 5 teilbar, „höher" = ab 70 Jahre
Mitgliedschafts-Jubiläen: „rund" = durch 5 teilbar, „höher" = ab 30 Jahre

Geburtstage				Mitgliedschafts-Jubiläen		
geboren am			wird	Eintrittsjahr		Jahre
24.	1.	Stephanie Bernickel	20	1966	Ingrid Krell	43
				1972	Christa Rinker	37
				1971	Lutz Deckwitz, Georg Mangold, Manfred Kistler	38
				1974	Josef Kneer, Rosemarie Bauer	35
				1973	Margret Fuchs-Ehlert	36

Meinungsbeiträge (bitte digital übermittelt) sind immer herzlich willkommen. Auf Wunsch kann die Redaktion auch die Ausformulierung von Stichworten übernehmen. Nachdruck ist unter Quellenangabe gerne gestattet Natürlich auch der örtlichen Presse!

Impressum: **'s Rote Füchsle** wird monatlich vom SPD-Ortsverein EU-D-89584 / Donau (und Umgebung) herausgegeben. Konto 601 280 008 Ehinger Volksbank (BLZ 630 910 10). Es erscheint jeweils zum Monatsanfang. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stimmen nicht unbedingt mit Vorstand oder Redaktion überein. Titelgrafik, Logo: T. Berber. **Gewählte Redaktionsmitglieder: Stefan Enderle, Georg Mangold, Gerhard Tessin und Dieter Volgnandt**. Gesamtverantwortung, Koordination, Konzeption, Layout, Satz sowie Datenpflege, Vertriebsvorbereitung und Anschrift der Redaktion: **'s Rote Füchsle**, Ludwig Dorner (LD), Höhenstraße 101, EU-D-89608 Griesingen, Fon 07391-6866, E-Mail Rotes.Fuechsle@t-online.de * Redaktions-Schluss ist jeweils am 5. des Vormonats (Ausnahmen bitte nur nach Vereinbarung). DTP-Software: Corel Ventura 10.0. Druck: Peletronia Medienbüro Erbach-Ersingen* Verteilung: Gerhard Tessin, K.+L. Dorner und eine treue Helfer(innen)schar. ■

Wer keine Veröffentlichung seiner Daten wünscht, möge dies rechtzeitig vor Redaktionsschluss mitteilen.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Kreisverband Alb-Donau
St. Ida-Straße 11, 89171 Illerkirchberg

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer
Seniorinnen + Senioren
Tel.: 07346 / 56 55 - Fax: 07346 / 92 16 88 - hfeiler@gmx.de

Protokoll

Treff vom 26. Nov. 2008 in Blaustein bei Marianne - AWO

Einladung

zum nächsten Treff am 18. Februar 2009 wieder in Blaustein, AWO
Beginn : 15.00 Uhr

In schon fast traditioneller Runde trafen wir uns mal wieder in Blaustein.
Marianne hatte alles recht festlich, weihnachtlich gerichtet.
Die Tagesordnung war dieses Mal recht übersichtlich.
Genug Gesprächsstoff brachte der unerwartete Rücktritt von Wolfgang Clement.
Der Vorsitzende berichtete von >Hildes' Klausurtagung und der anschließenden Einweihung des neuen Büros, in dem auch Martin Rivoir bestens untergekommen ist.
Recht aufwändig und bestens besucht war auch die Einweihung der neuen Räume in Biberach.
Einen ausführlichen Bericht erhielten wir von der letzten Berlinfahrt Ende Oktober, an der zehn unserer Mitglieder teilnehmen konnten. Ehepaar Hartmann gab seine Begeisterung im Detail wieder, überwiegend eine Überschneidung mit dem umfangreichen Bericht im Füchsle durch unseren Ludwig Dorner, der auch etliche kritische Beobachtungen zum Besten gab.
In großer Runde wurde auch noch über die geplatzte Hessenwahl gesprochen.
Highlight für unser nächstes Treffen : unser Emil Lehle wird einen Rückblick auf das Leben des August Bebel - 1863 - 1913 - bringen.

gez. Horst Feiler

Kontakte

Ortsvereinsvorsitzende Klärle Dorner, Fon 07391-6866, Klara.Dorner@gmx.de; Fraktionsvorsitzender (Gemeinderat Ehingen) Georg Mangold, Fon 07391-5 39 05, Georg-Mangold@t-online.de

SPD-Kreisvorsitzende Heidi Ankner; ankner-blaustein@t-online.de

SPD-RegionalgeschäftsstellePoststraße 7, 88400 Biberach, www.spd-rz-bc.de - Fon 07351/ 5 87 57 90, Fax 0 7351-587 57 87 Büroleiterin Bruni Oehrke; Bruni.Oehrke@spd.de; Regionalgeschäftsführer Ulrich Möhrle (01 51 - 17 86 47 80) - ulrich.moehrle@spde

Bürgerbüro Martin Rivoir MdL, Betreuungs-Abgeordneter für den Alb-Donau-Kreis; Söflinger Straße 145, 89077 Ul, Fon 0731/3989700, Fax 0731/3989701; Martin.Rivoir@spd.landtag-bw.de; Mitarbeiterin Susanne Nödinger.

Abgeordnetenbüro Hilde Mattheis MdB, Unter den Linden 50, 10117 Berlin, Fon 0 30 - (22 77 51 42), Fax 0 30 - (22 77 67 13), hilde.mattheis@bundestag.de; Renate Mügge, Johannes Wörn (wissenschaftlicher Mitarbeiter)

Wahlkreisbüro Hilde Mattheis MdB, Söflinger Straße 145; 89077 Ulm, Fon 07 31 6 02 67 71, Fax 07 31 - 6 13 21, hilde.mattheis@wk.bundestag.de; Ingo Bergmann - www.hilde-mattheis.de

Europa-Abgeordnete Evelyne Gebhardt MdEP (Künzelsau): EGebhardt.MdEP@T-Online.de; www.evelyne-gebhardt.eu Büroleiter Wim Buesink ■

SPD-Berichte aus *BERLIN*

Hilde Mattheis MdB informiert
Die Auswahl besorgte Stefan Enderle

Bundeshaushalt 2009

In dieser Woche wurde der Bundeshaushalt 2009 in 2./3. Lesung (Drs. 16/9900, 16/9901 16/10424, 16/10425) abschließend beraten. In Folge der internationalen Finanzmarktkrise und den daraus resultierenden Maßnahmen, mit denen den negativen Auswirkungen begegnet werden soll, musste der Haushalt gegenüber der ursprünglichen Planung erheblich verändert werden. Das Ziel, für 2011 einen Bundeshaushalt ohne Neuverschuldung zu erreichen, musste zugunsten der Stabilisierung der Wirtschaft und der Finanzsysteme zurückgestellt werden. Zusätzliches Sparen in der Krise wäre der falsche Weg. An dem grundlegenden Ziel eines ausgeglichenen Bundeshaushalts hält die Große Koalition aber nach wie vor fest. Ein Bundeshaushalt ohne Neuverschuldung soll in der nächsten Legislaturperiode erreicht werden.

Die konjunkturstabilisierenden Ansätze beschränken sich nicht nur auf das Paket zur Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung. Das zentrale Stablisierungsinstrument bleibt der Finanzmarktschirm, der – nach anfänglichem Stottern – funktioniert und die notwendige Versorgung von Unternehmen und Verbrauchern mit Liquidität und Krediten weiterhin sichern wird.

Steuerliche Maßnahmen im Gesetzentwurf

- Es wird zeitlich befristet für zwei Jahre eine degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens in Höhe von höchstens 25 Prozent zum 1. Januar 2009 eingeführt.
- Zusätzlich zur degressiven Abschreibung wird, befristet auf zwei Jahre, für kleine und mittlere Unternehmen die Möglichkeit, Investitionsabzugsbeträge und Sonderabschreibungen in Anspruch zu nehmen, erweitert. Die dafür relevanten Betriebs- und Gewinngrenzen werden auf 335 000 Euro, 175 000 Euro und 200 000 Euro erhöht.
- Die Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen wird bei Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen ausgeweitet und der Steuerbonus auf 20 Prozent von 6 000 Euro (1 200 Euro) zum 1. Januar 2009 verdoppelt. Zwei Jahre nach Inkrafttreten wird die Bundesregierung die Wirksamkeit der verbesserten Absetzbarkeit evaluieren.
- Für Pkw mit Erstzulassung ab dem 5. November 2008 bis zum 30. Juni 2009 wird eine befristete Kfz-Steuerbefreiung für ein Jahr eingeführt, um die Kaufzurückhaltung bis zur Klarheit über die Umstellung der Kfz-Steuer auf CO2-Basis aufzulösen. Für Fahrzeuge, die die Euro-5-Norm und die Euro-6-Norm erfüllen, verlängert sich die maximale Kfz-Steuerbefreiung auf zwei Jahre ab Erstzulassung. Die Kfz-Steuerbefreiung endet in jedem Fall am 31. Dezember 2010.

Die steuerrechtlichen Maßnahmen fördern in den kommenden Jahren Investitionen und Aufträge von Unternehmen und Privaten in Höhe von insgesamt über 25 Milliarden Euro.

Bereits jetzt fällt die Erbschaftsteuer nur in rund 7 Prozent aller Nachlässe an. Ungeachtet der künftigen Besteuerung von Immobilien auf Basis ihres Verkehrswerts wird es dabei auch nach der Steuerreform bleiben.

Der persönliche Freibetrag für Ehegatten wird um über 60 Prozent auf künftig

weiter auf Seite 17 ➔➔➔

Leserpost (1)

Vielen Dank für den tollen Berlin-Bericht.

Ich habe es sehr genossen, mit einem Teil "meiner" Genossinnen und Genossen Berlin zu erkunden. Wir hatten tolle Tage.

Zum Thema: Patientenabrechnung kann ich nur jedem raten, sich vor der Terminvereinbarung zu erkundigen, mit welchem Ansatz abgerechnet wird. Dieses Recht hat jeder und hiervon sollte viel mehr Gebrauch gemacht werden.

Heidi Ankner
SPD-Kreisvorsitzende
Alb-Donau
Blaustein

Leserpost (2)

Herzlichen Dank für diese neue Ausgabe des Roten Füchsles. Seine Lektüre ist wie immer spannend und regt zum Nachdenken, zu Zustimmung und Widerspruch an. Da der Widerspruch die interessantere Reaktion ist, darf ich hier einen solchen anmelden.

Die Inschrift "Dem deutschen Volke" über dem Portal des Reichstagsgebäudes in Berlin, das nach der Vereinigung Deutschlands auch der Sitz des Deutschen Bundestages ist, gibt dem Füchsles-Autor Anlass zu der Überlegung, ob es nicht richtiger "Der deutschen Bevölkerung" heißen sollte. Nein, ich meine, das sollte es nicht. "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus", heißt es in Artikel 20 des Grundgesetzes und eben nicht "von der Bevölkerung". Wo liegt der Unterschied? Unter "Volk" verstehen wir die Gesamtheit der Staatsbürger unseres Landes, denen die staatsbürgerlichen Rechte, also insbesondere das Wahlrecht, zustehen.

Das Volk ist die Haftungs- und Solidargemeinschaft derer, die sich zu dieser Nation bekennen, indem sie die Staatsbürgerschaft annehmen. Volk ist ein politischer Begriff. "Bevölkerung" dagegen ist ein Begriff der Demographie. Er bezeichnet die menschliche Population innerhalb geographischer Grenzen (Wikipedia).

Es hat also seine Richtigkeit, wenn über dem Portal des Gebäudes, in dem die gesetzgebende Gewalt ausgeübt wird, das deutsche Volk und nicht die deutsche Bevölkerung angesprochen ist. Gerade wir Sozialdemokraten, die wir dem Neoliberalismus, der den Menschen nur noch als Produzenten und Konsumenten kennt, den Primat des Politischen entgegensetzen, sollten am Begriff des Staatsbürgers und der Nation festhalten.

Peter Didszun
Weingarten

Leserpost (3)

Vielen Dank, gelesen und festgestellt, dass das Füchsle wie immer Klasse ist.
Herzliche Grüße vom Seeufer,

Karl-Heinz König
Der Rote Seehas
Meersburg

Leserpost (4)

Sehr geehrter Herr Dorst,

Sie haben tatsächlich seit der Gesundheitsreform 2003 das Recht, sich einen Behandlungs- bzw. Abrechnungsnachweis aushändigen zu lassen. Dies erfolgt direkt durch den behandelnden Arzt. Für diesen Nachweis kann der Arzt von Ihnen 1,00 Euro erheben. Diese rechtliche Möglichkeit ist kaum bekannt. Bislang wurden deshalb diese Nachweise kaum genutzt. Einzelne Abrechnungen der Ärzte werden bei uns nicht versichertenbezogen abgespeichert. Deshalb können wir Ihnen diese Daten leider nicht zur Verfügung stellen.

Für weitere Fragen stehe ich gern zur Verfügung. Einen schönen Tag wünscht

Marcel Baum
AOK - Die Gesundheitskasse
Ulm-Biberach
Kundencenter Ehingen
Lindenstr. 42

Mitgeteilt von
Werner Dorst
Ehingen

Weitere (L)eserpost findet sich auf den Seite 8 und 18 dieser Ausgabe.

Straßennamen im Baugebiet Rosengarten (Folge 29)

Georg-Elser-Straße

Georg Elser wurde als Sohn eines Holzhändlers und Landwirts am 4. Januar 1903 in Hermaringen/Württemberg geboren. Nach dem Besuch der Volksschule in Königsbronn 1910 bis 1917 begann er eine Lehre als Dreher in einem Hüttenwerk, die er jedoch zwei Jahre später aus gesundheitlichen Gründen abbrechen musste. So begann er 1919 eine Lehre als Schreiner. Nach Bestehen der Gesellenprüfung als Jahrgangsbester 1922 arbeitete er bis 1925 in verschiedenen Schreibereien in Königsbronn, Aalen und Heidenheim als Bau- und Möbeltischler.

Von 1925 bis 1929 war er in einer Konstanzer Uhrenfabrik angestellt, wo er auch Kenntnisse erwarb, die es ihm später möglich machten, den ausgeklügelten Zeitzünder für seine Bombe zu konstruieren. 1926 trat Georg Elser in den Trachtenverein „Oberrheintaler“ in Konstanz ein und kaufte sich eine Zither; er wurde Mitglied im Zitherclub Konstanz. Zudem war er Mitglied der Konstanzer Naturfreunde, an deren Veranstaltungen er häufig teilnahm. Obwohl eher ein Einzelgänger, war er doch wegen seiner überaus freundlichen Art sehr geschätzt und gern gesehen.

(...) Ab 1936 war er Hilfsarbeiter in einer Heidenheimer Armaturenfabrik. Durch seinen Arbeitsplatz erlangte er Kenntnis von den massiven Aufrüstungsanstrengungen des NS-Regimes.

Elser war früh entschiedener Gegner des Nationalsozialismus. Er verweigerte nach 1933 den Hitlergruß und beachtete Hitlers Reden nicht. Nach dem Münchner Abkommen vom 30. September 1938 war Elser endgültig davon überzeugt, dass Hitler auf einen neuen Krieg zusteuerte und nur noch sein Tod größeres Unheil von Deutschland abwenden könne.

Nun begann er, einen Bombenanschlag zu planen. Da Hitler bekanntlich abends vor jedem Jahrestag seines gescheiterten Putschversuchs vom 9. November 1923 im Münchner Bürgerbräukeller eine Rede hielt, beschloss Elser, in die Säule direkt hinter dem Rednerpult eine Zeitbombe einzubauen. Er heuerte zunächst als Arbeiter in einem Steinbruch an, um sich auf diese Weise Sprengstoff zu besorgen. Im Sommer 1939 zog er nach München und mietete dort eine kleine Werkstatt. Den Nachbarn gegenüber gab er sich als Erfinder aus und konnte so unauffällig einen raffinierten Zeitzünder konstruieren.

Ab Ende August 1939 suchte Elser den Bürgerbräukeller jeden Abend auf, nahm dort zunächst eine einfache Arbeitermahlzeit für 60 Pfennige zu sich und wartete eine günstige Gelegenheit ab, um sich unbemerkt in der Besenkammer zu verstecken. Dort verharrte er noch mehrere Stunden, bis das Gasthaus abgeschlossen wurde. Insgesamt 30 Nächte lang höhlte er dann in mühevoller, riskanter Kleinarbeit eine Säule aus, um den Zeitzünder darin zu deponieren. Die anfallenden Späne versteckte er in einem zusammengerollten Teppich.

Am 8. November 1939 explodierte die Bombe exakt zu der von Elser vorgesehenen Zeit um 21.20 Uhr. Das Attentat misslang jedoch, da Hitler wegen schlechten Wetters nicht mit dem Flugzeug, sondern mit der Reichsbahn zurück nach Berlin fahren musste. Er redete deshalb viel kürzer als sonst und verließ den Saal 13 Minuten, bevor der Sprengsatz explodierte. Dieser verwüstete den Saal, tötete acht und verletzte 63 Besucher, davon 16 schwer. Unter den Toten waren sieben Mitglieder der NSDAP.

Elser wurde zufällig gegen 20.45 Uhr bei dem Versuch, in die Schweiz zu fliehen, noch auf deutscher Seite vom Zollgrenzschutz in Konstanz festgenommen und in München und Berlin von der Gestapo verhört. Dabei gestand er die Tat. Man vermutete Hintermänner seines Attentats und wollte Angaben Elsers dazu erhalten.

Elser wurde zunächst im KZ Sachsenhausen, später im KZ Dachau gefangen gehalten. (...)

Der SS-Oberscharführer Theodor Heinrich Bongartz ermordete Georg Elser am 9. April 1945 gegen 23:00 Uhr durch einen Genickschuss. ■

Quelle: wikipedia.org/wiki/Georg_Elser

Quellen: Archiv Georg Mangold, Ehingen, ergänzt um Sammlung Ludwig Dorner, Gr

Siehe auch "(L)eserpost" auf Seite 18.

Ehingen in dunkler Zeit 1933-45 - ein Denkanstoß

Eine Collage aus gesammelten Zeitdokumenten und Auszügen aus seinerzeit engagie verfassten Artikeln der Lokalpresse (Ehinger Tagblatt und Schwäbische Zeitung).

Fanal zur Volkserhebung in Ehingen / Der Volkssturm marschierte

Ehingen. Mit Recht können wir die Kundgebung, die sich am Samstag in den Mauern ... stellung. Der Appell des Kreisleiters an die ... 25. 10. 44

Deutsche Pioniere hatten Ehingen eine Panzersperre beim Hotel „Krone" in die Straße gerammt. Die Ruhe vor dem Sturm jedoch war nur scheinbar.

Wenige Stunden nach dem Einzug in seine neue Wohnung mußte der aus Köln stammende Ingenieur mitansehen, wie Bürger der Stadt Ehingen eine armselig gekleidete Gruppe von Menschen durch die Bahnhofsstraße trieb. Sie brachten sie in den Wald bei Altsteußlingen. Bald hatte es sich herumgesprochen, daß diese Menschen Gräber schaufeln mußten. Dann wurden sie erschossen. Ein Riesenfoto von der Exhumierung wurde später von den französischen Streitkräften mehr als einen Monat lang in einem Schaufenster am Marktplatz ausgestellt.

In schneidigem Gleichschritt kehren Ehinger Jungen vom Schanzeinsatz zurück

Mit geschultertem Spaten und voller Begeisterung kehrten unsere Jungen vom Westwall heim in der befriedigenden Ueberzeugung, wichtigsten Kriegseinsatz wieder geleistet zu haben. — Dieser Tage werden neue Trupps zum Schanzeinsatz ausziehen. 28. 10. 44

Selbst mitmarschiert

Vergessen kann und will auch nicht ein Mundinger Handwerksmeister, der sich erinnert: „In Granheim wurde bei Kriegsende auch noch ein Pole erhängt." Er halte es deshalb für gut, wenn sich auch eine Lokalzeitung mal mit diesen Dingen beschäftige. „Das ist Geschichte. Deshalb sehe ich auch nicht, wenn von den Behörden der Name des seinerzeit in Ehingen erhängten Polen verheimlicht wird." Der Mundinger weiter: „Auch ich bin damals mitmarschiert und habe ‚Heil' gerufen. Ich halte es aber für wichtig, daß darüber geschrieben und offen gsprochen wird; allein schon im Interesse unserer Jugend, von der mich interessieren würde, wie sie sich zu diesen Dingen stellt."

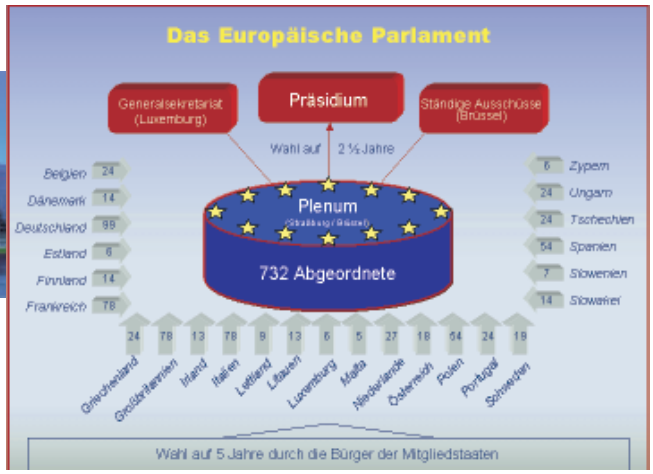
ET v. 19.5.85

„Wohin wird dieser Weg uns führen und wo wird die Grenze gezogen werden?"

In Grafeneck wurden während der Nazi-Herrschaft 10 000 Beh inderte ermordet

Zeitzeuge war am Samstagabend Ernst Geprägs, Präsident des Landesbauernverbandes Baden-Württemberg.

"Wir haben den Amerikaner über den Atlantik gelockt, um ihn hier zu schlagen", tönte eine Ehinger Nazi-Parteigröße 1945, als das „Heimspiel" bereits dramatische Formen annahm und der Endsieg in eine vernichtende Niederlage mündete. Am 22. April bereiteten sich in Grötzingen deutsche Soldaten noch das Mittagessen zu (Lammbraten soll es gegeben haben). Am Nachmittag waren sie weg. Das amerikani-



Evelyne Gebhardt MdEP
Aus der Arbeit des Europäischen Parlaments

Statement von Evelyne Gebhardt MdEP für 's Rote Füchsle zu den Nacktscannern

Das Europäische Parlament lehnt die Einführung der Nacktscanner mit großer Mehrheit ab. Ich freue mich, dass einzelne Mitgliedstaaten wie Deutschland dem Parlament bereits dabei zur Seite gesprungen sind. Der berechtigte Anspruch nach Sicherheit darf nicht zu einem exzessiven Sicherheitswahn verkommen. Die EU-Innenminister sind nun gefordert, diesen absurden Vorschlag zu stoppen. Das Europäische Parlament wird weiter darauf drängen.

Die von der Europäischen Kommission geforderte Einführung von Ganzkörperscannern wirft gleich eine ganze Reihe von kritischen Fragen auf. Zunächst einmal ist das Verfahren selbst scharf zu kritisieren, denn die Einführung der Scanner soll ohne effektive Beteiligung des Europäischen Parlaments vollzogen werden. Dabei brauchen gerade solche Entscheidungen, die unmittelbar die Privatsphäre der Bürger und Bürgerinnen betreffen, eine wirkliche demokratische Legitimation. Hier wird exemplarisch deutlich, wie dringend wir den Lissabonner Vertrag brauchen, mit dem das Parlament in solchen Fragen mitentscheiden würde.

Neben dem Verfahren stellt sich die Frage, ob diese Form der Leibesvisitation überhaupt mehr Sicherheit bietet als das gezielte Abtasten und Überprüfen verdächtiger Fluggäste. Noch dazu angesichts der massiven Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte der Fluggäste und der noch ungeklärten gesundheitlichen Risiken für Vielflieger durch die elektromagnetische Strahlung. ■

(L)eserpost (5)

Besonders interessiert war ich am Bericht über die Berlinfahrt. Da habt ihr ja täglich ein volles Programm absolviert, Eindrücke gewonnen und Erfahrungen gemacht, die ein Pauschalreisender so nicht mitnehmen kann.

Da ich eine privatversicherte Person bin, habe auch ich in letzter Zeit leider immer wieder finanzielle Probleme beim Bezahlen sehr hoher Rechnungen. Die Erstattung der Beträge wird von mir stets sehnlichst erwartet.

Die Lektüre der Rechnungen hingegen ist gelegentlich sehr aufschlussreich, denn jedes Detail findet darin seinen Niederschlag bis hin zum "ausführlichen Gespräch über die veränderten Lebensbedingungen", über die man sich selbst ganz kostenfrei auch schon Gedanken machte.

Es war wie immer eine aufschlussreiche Lektüre. Danke!

Person, Name und Anschrift der Redaktion bekannt

Wiederholter Hinweis zu (L)eserpost:

- Sie ist stets willkommen!
- Sie wurde immer vollständig und unverändert abgedruckt.
- Es fand noch nie eine einseitige Auswahl statt.
- Alle Leserpost ist echt! ■

Der Kunde ist der Depp

24 Stunden? Nach 21 Uhr bekam der Kunde den netten Satz zu hören: "Leider rufen Sie außerhalb unserer Geschäftszeiten an." ■

Nach Redaktionsschluss eingegangen - Joachim Schmuckers Meinung zu

(R)umgefragt

Der genaue Wortlaut der Fragen findet sich am "Stammplatz" auf den Seiten 14 und 16.

Zu Frage 1 ("Hessen"):

Die Freiheit des Gewissens gilt immer, sofern man ein Gewissen hat. Was sich bei den drei Landtagsabgeordneten (ohne Dagmar Metzger) wenige Stunden vor der Wahl gerührt hat, hat wahrscheinlich mehr mit Eitelkeiten zu tun als mit Gewissen.

Zu Frage 2 ("Krankenhaus/OB")

Die Frage enthält für meinen Geschmack zu viele Bewertungen, die der Sache nicht zuträglich sind. Es gibt viele Akteure, Landkreis, Stadt, OB, Gemeinderat, Fraktionen, Anwohner, Baumschützer, Eltern, Kinder, und viele Interessen, bei denen die Fronten nicht so eindeutig sind, wie die Frage suggeriert. Eine Mustersituation für eine Moderation. Und darauf bezogen frage ich mich: was macht es in Ehingen so schwer, unterschiedliche Interessen, auch konfliktträchtige, öffentlich auszutragen? Da schleicht sich schon das Gefühl ein, als Bürger nicht ernst genommen zu werden, nicht nur als Anwohner des Krankenhauses. Das hat Christian Rak mit seinem Protest, seinem Clown-Auftritt bei der Grundsteinlegung, präzise getroffen. Mein allergrößter Respekt! ■

Die etwas verrückte Welt erklären ... ;-))

Eine tote Kuh und das amerikanische Finanzsystem

Der noch junge Billy will mit einer eigenen Farm reich werden. Zum Anfang kauft er einem Farmer eine Kuh ab. Er übergibt dem Farmer sein gesamtes Geld (100 Dollar) und dieser verspricht, ihm die Kuh am nächsten Tag zu liefern.

Am nächsten Tag kommt der Farmer aber vorbei und hat für Billy eine schlechte Nachricht: „Es tut mir leid, Junge, aber das Tier ist in der Nacht tot umgefallen." Meint Billy: „Kein Problem. Gib mir einfach mein Geld zurück." „Geht nicht", eröffnet ihm der Farmer. „Ich habe das Geld gestern bereits für was anderes ausgegeben." Billy überlegt kurz. „OK, dann nehme ich eben das tote Vieh." „Wozu denn?" fragt der Farmer. „Ich will es verlosen", erklärt ihm Billy. „Du kannst doch kein totes Rindvieh verlosen!", staunt der Farmer. Doch Billy antwortet: „Kein Problem! Ich erzähl' einfach keinem, dass es schon tot ist ..."

Monate später laufen sich Billy - fein in Anzug und schicken Schuhen - und der Farmer in der Stadt über den Weg. Fragt der Farmer: „Billy! Wie lief's denn mit der Verlosung der toten Kuh?"

„Spitze", erzählt ihm Billy. „Ich habe über 500 Lose zu je 2 Dollar verkauft und so meine ersten 1000 Dollar Profit gemacht." „Ja - gab's denn keine Reklamationen?" „Doch - vom Gewinner", sagt Billy. „Dem habe ich dann einfach seine 2 Dollar zurückgegeben."

Seitdem und bis Herbst 2008 verkaufte Billy strukturierte Finanzprodukte bei einer großen Investmentbank.

Forum Finanzcrash - Fundstelle: top agrar 12/2008 29 ■

Damals im Januar

Gerhard Tessin

Vor 90 Jahren:
Am Rande des Bürgerkriegs

Nach dem Austritt der USPD-Vertreter aus dem Rat der Volksbeauftragten wurden diese durch die Mehrheits-Sozialdemokraten Gustav Noske und Rudolf Wissell ersetzt. Die gemäßigten Kräfte in der USPD (z.B. Haase, Kautsky, Hilferding) verloren an Einfluss. Die Linken und Linksradikalen riefen zum Widerstand gegen die nun rein mehrheitssozialdemokratische Regierung auf. Die Weihnachtsunruhen in Berlin waren der Auftakt der radikalen Phase der Revolution. Am 1. Januar 1919 gründeten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht durch den Zusammenschluss vom Spartakusbund und "Bremer Linksradikalen" die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD). Ihr Ziel war eine Räterepublik mit demokratischem Kommunismus, der sich aber (noch) wesentlich von Lenins bolschewistischer Lehre unterschied. Sie riefen zum Sturz des Rats der Volksbeauftragten auf. Anlass war die Absetzung des Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn (USPD) durch Gustav Noske. Daraufhin begann am 5.1. der "Spartakusaufstand". Die Berliner Arbeiterschaft wurde zum Generalstreik und zum Sturz der Regierung Ebert/Scheidemann aufgerufen. Bewaffnete Spartakisten und Linkssozialisten besetzten das Berliner Zeitungsviertel. Es folgten blutige Straßenkämpfe. Der für Wehrfragen zuständige Volksbeauftragte Noske übernahm den Oberbefehl in der Aktion gegen die Aufständischen. "Einer muss der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht!", wird er zitiert. Er setzte Regierungstruppen und vor allem Freikorps*[1] ein, ohne von diesen ein ausdrückliches Bekenntnis zur Republik zu verlangen. Diese schienen den Einsatz als Freibrief für Mord und Totschlag verstanden zu haben. Sie gingen mit äußerster Gewalt gegen die Aufständischen vor. Im Zeitungsviertel mussten etwa 500 Besatzer vor den anstürmenden Freikorps kapitulieren. Viele Unterlegene, auch deren Parlamentäre, wurden ermordet. Der ohne klares strategisches Konzept und ohne ausreichende Beteiligung der Arbeiterschaft geführte Aufstand brach nach wenigen Tagen zusammen. Am 15.1. wurden Rosa Luxemburg*[2] und Karl Liebknecht*[3] gefangen genommen und von Mitgliedern der Gardeschützen-Kavalleriedivision kaltblütig ermordet. Bei den Kämpfen in Berlin gab es 156 Tote. Das Vorgehen der Truppen löste Aufstände der Spartakisten in vielen anderen Großstädten des Reiches aus. In einigen Gebieten wurden Räterepubliken ausgerufen. Aber wie in Berlin gingen sie im Feuer der Freikorps unter.

Die blutige Niederwerfung des Januaraufstandes, von manchen auch "Marneschlacht der Revolution" genannt, riss tiefe Gräben innerhalb der Arbeiterschaft auf. Viele, auch solche, die nicht die Ansichten der Aufständischen teilten, schoben der SPD die Schuld an dem Blutbad zu. Die Aktivitäten der äußersten Linken trieben die sozialdemokratischen Volksbeauftragten nach rechts in immer engere Kooperation mit dem Offizierskorps und der hohen Bürokratie. Die SPD verlor deswegen wichtige Teile ihrer Parteibasis.

Bei den Wahlen zur verfassunggebenden National-

→→→

versammlung (19.1.) durften zum ersten Mal Frauen teilnehmen. Es wurde auch erstmals nach dem Verhältniswahlrecht gewählt. Das Ergebnis musste die SPD enttäuschen: zwar 37,9 % und damit weit mehr als jede andere Partei, aber keine Mehrheit, auch nicht zusammen mit der USPD (7,6 %). Die Mehrheit in der Nationalversammlung besaßen die bürgerlichen Parteien Zentrum (19,7), DDP (18,5), DNVP (10,3), DVP (4,4 %). Die KPD hatte ihren Mitgliedern den Boykott der Wahlen empfohlen.

Die Parteien und ihre Programme folgen in der nächsten Ausgabe.

Wegen der noch nicht völlig beruhigten Lage in Berlin beschloss die Reichsregierung am 21.1., die Nationalversammlung am 6. Februar im thüringischen Weimar zu eröffnen.

(Daher enstand die Bezeichnung "Weimarer Republik" für die Zeit von 1918 bis 1933 - Red.)

***1 Freikorps:**

Nach Absprache zwischen Regierung und OHL aufgestellte Verbände aus ehemaligen Front- bzw. ehemaligen Berufssoldaten. Hier sammelten sich monarchisch-antidemokratische, rechtskonservative, rechtsextremistische ehemalige Soldaten, die durch den verlorenen Krieg ihre berufliche Existenz und politische Perspektive verloren hatten. Die ca. 400 000 Mitglieder, organisiert in über 200 Freikorps, unterstanden bis zur Unterzeichnung des Versailler Vertrags der OHL, danach der Reichswehrführung.

Im Baltikum und in Oberschlesien wurden sie als Schutztruppen für die deutsche Bevölkerung eingesetzt; im Reich gingen sie bei der Niederschlagung kommunistischer Aufstände mit äußerster Brutalität vor. Nach ihrer Auflösung im 1921 wurden sie in die Reichswehr eingegliedert oder organisierten sich neu in rechtsextremen Geheimbünden und Organisationen.

***2 Rosa Luxemburg**

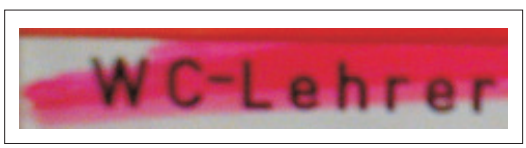
geb. 5.3.1870 in Zamosc/Polen als Tochter wohlhabender Eltern jüdischen Bekenntnisses. 1889 Emigration in die Schweiz, dort Mitbegründerin der Polnischen Internationalen Sozialdemokratie; Studium der Nationalökonomie; 1898 Übersiedlung nach Berlin und Einbürgerung. 1905/06 Teilnahme an der russ. Revolution und Inhaftierung. 1907-1914 Lehrerin an der SPD-Parteischule in Berlin, danach wegen ihrer öffentlichen Gegnerschaft zur Kriegspolitik immer wieder in Gefängnishaft; Mitbegründerin des Spartakusbundes,1917 Wechsel zur USPD; zusammen mit K. Liebknecht Gründerin der KPD. Nach ihrer Gefangennahme am 15.1.1919 ebenso wie K. Liebknecht durch Schläge mit Gewehrkolben schwer misshandelt und dann erschossen. Ihr Leichnam wurde im Landwehrkanal versenkt und blieb lange unauffindbar.

***3 Karl Liebknecht**

geb. 13.8.1871 in Leipzig, Sohn des SPD-Mitbegründers Wilhelm Liebknecht. Der Jurist wurde 1908 für die SPD ins Preußische Abgeordnetenhaus gewählt; ab 1912 Mitglied des Reichstags; 1914 u.15 gegen die Kriegskredite; 1916 Austritt aus der SPD-Fraktion. Zuchthaus wegen Hochverrats, 1918 Begnadigung; 9.11. Proklamation der "Freien Sozialistischen Republik". KPD-Gründer und Mitinitiator der Januar-Aufstände in Berlin. Nach dem Mord an ihm verbreitete die Division die Falschmeldung, in der es hieß, Liebknecht wurde bei einem Fluchtversuch erschossen.

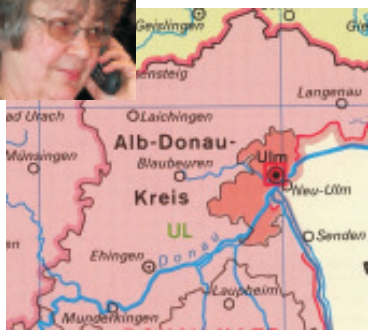
Es wäre nicht richtig, das Denken und Handeln der beiden mit dem Wissen von heute zu beurteilen. Sie waren als SPD-Politiker gegen den Krieg und verließen die Partei, als diese immer noch der kaiserlichen Kriegspolitik zustimmte. Wohl auch geprägt durch die Haftzeiten in Gefängnis und Zuchthaus und der Erkenntnis, dass sich an den Macht- und Gesellschaftsstrukturen nicht viel ändern würde, radikalisierten sie sich. Mit ihrem Aufruf zum Weiterführen der Revolution mit Gewalt und zum Sturz der Regierung waren sie in der Minderheit. Das war ihr Irrweg. Den pervertierten Sowjet-Kommunismus und die moskautreue Linie der KPD im Laufe der zwanziger Jahre hätten sie aber bestimmt nicht gewollt.

Die Regierung hatte ein Militärgerichtsverfahren gefordert, doch der Mord an Luxemburg und Liebknecht wurde juristisch nur unzureichend verfolgt, obwohl die Täter bekannt waren. Denn auch die Justiz stand in ihrer feindseligen Haltung gegenüber den linksradikalen Kräften dem Militär in nichts nach. ■



Es gibt Mathematik-Lehrer, Klassenlehrer, Grundschul- und Gymnasiallehrer, Hochschullehrer, Berufsschullehrer, Fahr-, Ski- und Tanzlehrer und ... an einer Ehinger Schule offenbar auch WC-Lehrer.

(Fragt sich: Wen oder was diese wohl unterrichten?)



Klara Dorner

Notizen aus der Kreistagsarbeit

Kreistagsarbeit findet nicht nur im Kreistag statt. Es gibt auch Ausschusssitzungen, und es gibt Sitzungen der verschiedenen Kreistagsfraktionen. So geschieht es also auch bei unserer SPD-Kreistagsfraktion.

Unsere letzte Sitzung fand im November in Blaubeuren statt. Auf der Tagesordnung stand die Vorberatung des Haushaltsplans für 2009.

Dieser Plan besteht aus 300 Seiten an Texten und Tabellen - viele Zahlen, durch die sich die Mitglieder des Kreistags durchackern müssen. Dabei müssen sie unterscheiden zwischen Ausgaben und Einnahmen, die kaum zu ändern sind, und solchen, bei denen man auf Gestaltungsspielräume achten sollte. Die hohe Kunst besteht schon mal darin, das eine vom anderen zu unterscheiden.

Und so saßen wir alle sechs mit rauchenden Köpfen stundenlang beisammen und brüteten über dem Zahlenwerk.

Natürlich gibt es dann auch mal unterschiedliche Standpunkte, die länger besprochen werden müssen. Ein solcher Knackpunkt war zum Beispiel die Frage, ob der Kreis im Jahr 2009 auf einen Teil seiner Einnahmen zugunsten der Städte und Gemeinden verzichten solle. Verzicht heißt Senkung der Kreisumlage heißt weniger Schuldenverringerung beim Kreis. Wollen wir das verantworten? Andererseits: Städte und Gemeinden freuen sich, wenn sie über mehr Geld verfügen können, das sie dringend benötigen.

Und so gibt es auch noch außerhalb der fraktionsinternen Sitzung hin und her gehende E-Mails und Telefonate, bis wir zuletzt übereinkommen, wie wir in der entscheidenden Kreistagssitzung abstimmen sollten: Alle gleich als Bild der Geschlossenheit, wenngleich mit individuellen Bauchwehs, oder, weil man es nicht anders verantworten kann, doch unterschiedlich - dann zur möglichen Freude der politischen Mitbewerber. Oh, *Herr, schmeiß Hirn ra ...* ■

Schulaufsicht ist wieder aus dem Kreis draußen.

Die Landesregierung unter Erwin Teufel hat uns eine Verwaltungsreform beschert. Viele Behörden, darunter auch die Staatlichen Schulämter, wurden unter die Aufsicht der Kreise gestellt. Plötzlich war Landrat Heinz Seiffert auch Chef vieler Lehrkäfte im Kreis.

Die Zusammenführung unterschiedlicher Behörden brachte allerlei Gutes: Plötzlich waren auch schulische Dinge im Denken von Verwaltungsleuten präsenter als je zuvor. Das Dezernat für Soziales konnte Tür an Tür einen engen Kontakt mit dem Fachdienst Schule aufbauen und pflegen, zum Wohle der betroffenen Kinder.

Und dann war plötzlich alles wieder anders. Starke Kräfte in der CDU ruderten zurück mit dem Ergebnis, dass die Schulaufsichtsbehörde aus den Landratsämtern wieder ausgegliedert und zu einem neuen Staatlichen Schulamt gemacht wurde. Aus Effizienzgründen, hieß es, sei das neue Schulamt für die Landkreise Biberach und Alb-Donau sowie den Stadtkreis Ulm zuständig. CDU-Gewaltige, heißt es, hätten Biberach als Standort durchgesetzt. Das bedeutet große Entfernungen von Langenenslingen bis Dietenheim und von Unteressendorf bis Laichingen. Ob dies der Sache nützt? Schulräte heißen ja so, weil sie Schulen ber*at*en sollen. Sind sie jetzt nicht mehr im Auto unterwegs als vor Ort? Und leiden die guten Kontakte zu anderen Behörden nicht bald wieder mächtig an Entfremdung? Verlässliche Politik — sieht sie nicht anders aus? ■

Er stand vor 10 Jahren im Roten Füchsle

Kanzler-Worte

Bundeskanzler Gerhard (unterschrieben mit "Gerd") Schröder gratuliert Karl Schaupp zu seiner fünfzigjährigen Tätigkeit als Gemeinderat.

Bundesvorsitzenden-Worte

Oskar Lafontaine dankt Karl Schaupp ebenfalls für fünfzigjährige Tätigkeit als Gemeinderat.

Landesvorstands-Worte

Auch Ulrich Maurer beglückwünscht Karl Schaupp in einem persönlich gehaltenen Brief.

Anmerkung: Ein gehöriges Stück Parteigeschichte tritt dabei zutage ...

Dachsanierung

Angesichts einer teuren Dachsanierung an der Längenfeldschule wundert sich 's Rote Füchsle: Es sage einem doch der gesunde Laienverstand, dass ein Dach, bei dem das Regenwasser mangels Gefälle am natürlichen Ablauf gehindert wird, undicht werden müsse.

Zu Gast in Laupheim

Der Ortsvereinsvorsitzende Helmut Polzer lädt uns zum Besuch des Laupheimer Museums zur Geschichte von Christen und Juden ein.

Kreisverkehr - in Ehi noch undenkbar

's Rote Füchsle "warnt". Nach Bau des ersten Erbacher Kreisels: Zuerst die Atomversuche, dann Gen-Kälber und jetzt auch noch Kreisverkehr. Himmel hilf! Zuletzt haben wir hier so Zustände wie in Frankreich, in Großbritannnien oder gar wie in Laupheim. Macht Wallfahrten und Bittprozessionen gegen die drohende Kreisverkehrsseuche! ■

☒ (A)bgestimmt — wie?

's Rote Füchsle befragt Mandatsträger/-innen, wie sie in letzter Zeit abgestimmt haben.

j = ja, zugestimmt — n = nein, abgelehnt e = enthalten
? = trotz Anfrage keine Angaben erfolgt

Evelyne Gebhardt, MdEP		
1	?	
Hilde Mattheis MdB		
1	Erbschaftssteuerreformgesetz	j
Martin Rivoir MdL		
1	Gesetz zur Einführung des beitragsfreien Kindergartens in Baden-Württemberg (Kindergartenbeitragsfreiheitsgesetz)	j
2	Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes	j
3	Zweites Gesetz zur Umsetzung der Förderalismusreform im Hochschulbereich	j
Klärle Dorner, Kreisrätin		
1	Einrichtung eines Sozialwissenschaftlichen Gymnasiums an der M.-Neff-Schule in Ehingen	j
2	Vergabe der Parkettarbeiten an der Magdalena-Neff-Schule in Ehingen	j
3	Beauftragung der Feinanalyse für das Energiekonzept auf dem Areal Schlechtenfelder Straße	j
Manfred Hucker, Gemeinderat		
1	?	
Georg Mangold, Gemeinderat und Frakt.-Vorsitzender		
1	Wahl des Abteilungskommandanten und seines Stellvertreters bei der Stützpunktfeuerwehr Ehi.	j
2	4. Erweiterung Liebherr	j
3	Ausbau Ortskanalisation Mundingen	j
Joachim Schmucker, Gemeinderat		
1	Erweiterung Liebherr	j
2	Kanalisation und Ortsdurchfahrt Mundingen	j
Wolf-Rüdiger Stummer, Gemeinderat		
1	?	

Lesen, womit sich die Parlamente befassen ...

's Rote Füchsle hat wieder seine Leserschaft* gefragt, was sie von aktuellen Fragen hält.

(R)umgefragt

*Lust mitzumachen, auch wenn du auswärts wohnst? Einfach E-Mail an Rotes.Fuechsle@t-online.de

1 Gilt eigentlich "Gewissensfreiheit" nur, wenn's reinpasst? Oder gibt es dafür eine zeitliche Begrenzung? Zu den vier hessischen SPD-Landtagsabgeordneten, die nicht für eine Ministerpräsidentin Ypsilanti stimmen wollten: Lieber Parteiausschluss wegen parteischädigenden Verhaltens oder womöglich lieber die Willy-Brandt-Medaille für besondere Verdienste um die SPD, weil sie sie vor noch größerem Schaden bewahrt hätten? Außerdem: Alle gleich oder Dagmar Metzger anders behandeln?

Elisabeth Couvigny-Erb, Blaustein, Gemeinderätin

Zuallererst wird hier immer Ursache und Wirkung verwechselt. Ursache war Ypsilanti mit ihrer Strategie "Um-jeden-Preis-Ministerpräsidentin" zu werden, obwohl jedem klar denkenden Menschen klar sein musste, dass das nicht gutgehen kann. Sie wäre am Nasenring von den Linken in der Manege rumgeführt worden.

Die Wirkung darauf war das Verhalten der "Abweichler". Vor Dagmar Metzger habe ich Respekt. Sie hatte von Anfang an den Mut zum NEIN. Dass die anderen drei ihr Gewissen erst einen Tag vor der Abstimmung öffentlich gemacht haben, muss ich nicht verstehen, aber einen Ausschluss rechtfertigt das nicht. Mich stört eher, dass Ypsilanti nicht die Verantwortung für das Desaster übernimmt und alle Ämter abgibt. Letzten Endes ist sie es, die der SPD unendlich geschadet hat und uns alle bei der kommenden Kommunalwahl der Häme und dem Gespött aussetzt.

Klärle Dorner, Kreisrätin, OV-Vorsitzende

Etwas weniger Aufgeregtheit, dafür mehr Besonnenheit hätte den hessischen Genossinnen und Genossen gut getan.

Ich habe die Pressekonferenz der vier Genossinnen und Genossen gesehen. Ihre Aussagen und Begründungen schienen mir großenteils glaubwürdig und schlüssig. Und ich war froh, dass sie dadurch der Genossin Ypsilanti und damit auch der SPD das Schicksal einer Heide Simonis ersparten.

Ich war und bin aber empört darüber, wie Frau Ypsilanti von den Gewissensbissen der Drei erfahren haben soll, nämlich durch eine Aussage der Drei im Internet. So geht man miteinander nicht um. Ob sie diesen Weg wählten, weil Andrea Ypsilanti zuletzt ihren Argumenten nicht mehr zugänglich war oder ob sie den Konflikt mit Andrea scheuten, ich weiß es nicht. Ob es letztlich gut war, dass die SPD in Hessen dadurch von einem riskanten Experiment abgehalten wurde, wird sich zeigen. Wir sollten uns auf allen Ebenen mehr mit den Aussagen der Linken politisch auseinander setzen. Da ist unsere Hilde Mattheis meiner Meinung nach auf dem richtigen Weg. Was ich aber nicht gut finde, dass Genossinnen und Genossen, die sich auf ihr Gewissen berufen, derart "geprügelt" werden, dass sie gar aus der Partei ausgeschlossen werden sollen; das geht mir zu weit! Ich meine, hier sollten alle miteinander reden und darüber nachdenken, wer welchen Fehler gemacht hat, dass es überhaupt so weit kommen konnte.

Stefan Enderle, Redaktionsmitglied

Gewissensfreiheit in allen Ehren, wenn jedoch bei Probeabstimmungen mit Ja und dann ein Tag vor der richtigen Abstimmung einen das Gewissen, urplötzlich und höchst professionell inszeniert, anfängt zu plagen, habe ich dafür kein Verständnis.

Dieses hinterfotzige Verhalten hat meiner Meinung nach in der SPD nichts zu suchen.

Bärbel Griesinger, Ortsvereinsmitglied

"Gewissensfreiheit" gilt für einen Mandatsträger immer und zwar ohne zeitliche Begrenzung und schon gleich gar nicht nur weil's irgendwo reinpasst!

Zum Verhalten der vier hessischen Abgeordneten:

Dagmar Metzger hatte ihre Bedenken schon seit längerer Zeit geäußert. Das ist

→→→

ihr gutes Recht.
Sehr großen Schaden haben die anderen drei Abgeordneten angerichtet, indem sie ihr Gewissen erst kurz vor der Abstimmung befragten. Dies ist einfach nur schäbig. Deshalb einen Parteiausschluss zu erwägen, finde ich allerdings zu extrem.

Karl-Heinz Irgang, Blaubeuren-Gerhausen, Stadtrat

Wenn Gewissen in der Hauptsache mit großer persönlicher Nähe zu Energiemonopolisten wie im Fall von Frau Metzger zu tun hat, möge sich jeder seine eigenen Gedanken dazu machen. So etwas ist im politischen Alltag immer mal wieder drin - damit muss man leben, leider.
Wenn das Gewissen aber ganz plötzlich und wenige Stunden vor einer für die SPD wegweisenden Entscheidung auftaucht, hat das glasklar mit Partei schädigendem Verhalten zu tun. Über Monate hinweg war die Diskussion im Gange und vor allen Dingen auf Regionalkonferenzen für diese drei Herrschaften voll zugänglich, auch am Koalitionsvertrag haben diese persönlich mitgewirkt - und dann ein minutiös geplanter Medienauftritt in einem Nobelhotel. Was soll das bitteschön anderes sein als ein in voller Absicht vollzogener Dolchstoß? Und darauf steht nun mal die Höchststrafe, ohne Wenn und Aber.

Tobias Leichtle, Mitglied der Juso-AG

Ich finde es sehr beschämend, dass die Genossen in Hessen sofort mit einem Partei-Ausschluss-Verfahren gegen die "Abweichler" reagierten. Das ist mal wieder eine Reaktion aus der Kategorie "Die denken nicht wie wir - also müssen sie raus" und deshalb schlichtweg abzulehnen. Hier spielt es nicht einmal eine Rolle, ob das Verhalten der vier Abgeordneten parteischädigend war oder nicht. Bevor man darüber diskutiert, müssen zwei andere Fragen gestellt werden. Ist und war nicht die Entscheidung mit der LINKEN zusammenzuarbeiten von Andrea Ypsilanti und die Zustimmung von 95 % der hessischen SPD-Mitglieder auf dem hessischen Parteitag Betrug an jedem einzelnen SPD-Wähler? Die weit überwiegende Mehrheit der Bundesbürger, aber auch ein großer Anteil der SPD-Wähler in Hessen, sieht das so. Vor diesem Fakt darf man sich nicht verschließen. Nicht ohne Grund hat die Hessen-SPD nun Angst vor der Neuwahl. Das Vertrauen in die Partei ist weg. Viele Wähler, die das letzte mal SPD gewählt haben, werden ihr Kreuz nun nicht mehr bei den Roten machen. Somit ist diese Entscheidung grundsätzlich als parteischädigend einzustufen. Dennoch denkt niemand daran Frau Ypsilanti oder irgendeinen der Delegierten des Parteitags zur Rechenschaft zu ziehen. Fazit: Wer an Parteiausschluss denkt, verschließt sich davor, dass es in einer Partei viele Meinungen gibt und geben muss. Außerdem misst derjenige mit zweierlei Maßen, da er das offenkundige parteischädigende Verhalten von Frau Ypsilanti (da es unbestritten in Hessen, aber auch im Bund Wählerstimmen kostet) nicht ahnden will, das Verhalten der "Abweichler", welches lediglich dem folgt, was die SPD im Wahlkampf versprochen (!!!) hat, entsprechend einstuft und hier einen Ausschluss erwirken will. Zweitens muss man sich fragen, ob es besser gewesen wäre, wenn die "Abweichler" wie in Schleswig Holstein still und heimlich beim Wahlgang gegen Frau Ypsilanti gestimmt hätten. Es ist nicht verständlich, warum man den Mut der Vier, ihre Entscheidung vor der geheimen Wahl zu offenbaren, nun bestrafen sollte.

Zusammenfassend: Ein Parteiauschluss wäre ein Armutszeugnis für die Partei, insbesondere für die Genossen in Hessen. Dagmar Metzger verdient großen Respekt, da sie sich von vorneherein zu den Aussagen im Wahlkampf bekannt hat. Einen Orden verdient auf jeden Fall aber keiner der drei "Spät-Entscheider", da es das Gebot der Fairness gebietet, seine Zweifel und Gewissensbisse in der Fraktion schnellstens zu äußern. Dabei geht es nicht um die Partei oder die Fraktion, sondern um das Land (!). Immerhin steht Hessen seit fast einem Jahr quasi regierungslos da. Eine frühere Äußerung hätte diesen Zeitraum sicherlich verkürzt.

Gerhard Tessin, Redaktionsmitglied

Mit dem Wort „Gewissensfreiheit“ sollte man sparsam umgehen. Bei Dagmar Metzger akzeptiere ich das. Die anderen drei hätten ihr Gewissen viel früher entdecken müssen, anstatt bei einer hollywoodreifen Inszenierung auf die Tränendrüse zu drücken. Von einem Parteiausschluss halte ich nichts. Einer, der nach dem Verfahren nun den Märtyrer spielt, hat der Partei schon genug geschadet.

Dieter Volgnandt, Redaktionsmitglied

Prinzipiell muss die Gewissensfreiheit des einzelnen Abgeordneten Vorrang vor allen anderen Entscheidungen haben (GG, Art. 38,1) und ich denke, dass hier auch nicht zur Debatte stehen sollte, ob die SPD nun diese grundgesetzliche Regelung in Frage stellt. Die Freiheit des Gewissens und damit der eigenen persönlichen Entscheidung war immer ein hohes Gut der Partei, für das in der Geschichte viele Parlamentarier mit ihrem Leben einstanden, und sie

■■■ Fortsetzung von Seite 15

wird dies auch bleiben. Diskutiert werden sollte hier nur, inwiefern die Vorgänge im Vorfeld der beabsichtigten Wahl der Abgeordneten Ypsilanti zur Ministerpräsidentin des Landes Hessens gerade die Wahrhaftigkeit der Gewissensentscheidung der betreffenden Abgeordneten in Frage stellen und ein schräges Licht auf Parteidisziplin und die Handlungsfähigkeit der Partei selbst werfen. In diesem Fall wäre die Abgeordnete Ypsilanti mit Teil der Debatte, da von der Parteiführung ein mögliches Abweichen im Vorfeld einkalkuliert werden und danach - ohne die betreffenden Personen unter Gewissensdruck zu setzen - ausgeschlossen werden muss. Schließlich hätten der noch die Beck-Worte "sie wird doch nicht zweimal mit dem Kopf gegen dieselbe Wand laufen" - in den Ohren klingen müssen. - Soweit das prinzipiell Ideelle - an das will aber gar niemand mehr glauben, wenn er nachliest, wie in dem Rennen um Ministerposten und dem Gezerre um Ämter und Einflüsse der schöne Schein mit Füßen zertreten wurde. Also weder Parteiausschluss noch Willy-Brandt-Medaille - nachdenken dafür aber vielleicht einmal über die Einrichtung eines Dagmar-Metzger-Mérite-Ordens für Abgeordnete, die es immer noch schaffen geradlinig zu bleiben.

(Siehe auch Seite 9) ■

2 (R)umgefragt — Frage 2

Zum Krankenhausneubau: Stellen der Ehinger OB samt "seiner" CDU trotz gelegentlichen Theaterdonners eine arrogante Kumpanei dar, die Bürgerwillen schlichtweg hochnäsig missachtet? Oder stehen OB und Mehrheitsfraktion gelassen über eher vernachlässigbaren Privatinteressen einiger Anlieger und "Baum-Ökofreaks"? (Die Frage richtet sich natürlich auch an diejenigen Auswärtigen, die unsere Lokalpresse ebenfalls zu lesen bekommen.)

Stefan Enderle, Redaktionsmitglied

Das Hauptproblem ist hier wie immer, "der Ton macht die Musik". Statt auf Bedenken der Bürger einzugehen, was eigentlich die Aufgabe der gewählten Vertreter und der Stadtverwaltung ist, wird zuerst blockiert und ignoriert. Erst wenn nichts mehr unter den Teppich zu knüppeln ist, trifft man sich zu Gesprächen. Ich finde das Bauvorhaben ist vom Prinzip wichtig und richtig, nur über die Ausführung könnte sicher noch gesprochen werden. Die für die Krankenhaus GmbH günstigste Lösung ist nicht die beste, sondern die, mit der alle Beteiligten "leben" können.

Auch können bestehende Parkplatzprobleme nicht "nur" wegdiskutiert werden, sondern sie müssen gelöst werden.

Bärbel Griesinger, Ortsvereinsmitglied

Das Verhalten des Ehinger OB mitsamt seiner CDU in Sachen "Krankenhausneubau" ist einfach nur frustrierend und enttäuschend! So geht man nicht mit seinen Bürgern/Wählern um!

Georg Mangold, Stadtrat, Fraktionsvorsitzender

Ich möchte diese Frage etwas freier beantworten. Ein gutes Beispiel für OB und Bürger (natürlich z. T. auch Gemeinderäte) ist folgende Chronologie:

Am 10.4.2008 schreibt eine Dettinger Bürgerin als "Sprecherin" einer Gruppe von 17 Bürgerinnen und Bürgern, die in zwei Straßen in Dettingen wohnen und eine Liste unterschrieben haben, an OB Krieger. Sie bitten mit ausführlicher Begründung den Endausbau ihrer Wohnstraßen in Rahmen der Erschließung endlich fertig zu stellen. Einige Betroffene wohnen seit über 10 Jahren dort. Außerdem wurde die Maßnahme auch durch Anliegerbeiträge schon bezahlt.

Am 15.7.2008 (also genau ¼ Jahr später) schreibt die gleiche Bürgerin wieder an die Stadt z. H. von Herrn Krieger und beklagt, dass sie über drei Monate nichts gehört hat. Sie bitte "über den aktuellen Stand der Sache informiert zu werden".

Am 24.7.2008 (also in Blitzeseile) bekam die Bürgerin dann tatsächlich eine Antwort vom zuständigen Tiefbauamt der Stadt. Diesmal erfuhr die Bürgerin, dass das Tiefbauamt die Fertigerschließung für den Haushalt 2009 einplant. Ob die Maßnahme auch tatsächlich ausgeführt wird, entschied im Dezember der Gemeinderat.

Ich bin der Meinung, dass

weiter auf Seite 18 ➔➔➔

■■■ Fortsetzung von Seite 4

500 000 Euro angehoben, der Freibetrag für Kinder auf 400 000 Euro nahezu verdoppelt und der Freibetrag für Enkel mit künftig 200 000 Euro gegenüber dem geltenden Recht fast vervierfacht. Zusätzlich bleibt Wohneigentum steuerfrei, das der überlebende Ehegatte zehn Jahre selbst nutzt, also weder vermietet, verpachtet oder verkauft. Bei Übertragung des elterlichen Wohneigentums an Kinder ist diese Steuerbefreiung auf insgesamt 200 qm beschränkt.

Hervorzuheben ist die – gegen den Widerstand der Union durchgesetzte – weitgehende Gleichstellung eingetragener Lebenspartner mit Ehegatten. Dies betrifft unter anderem den persönlichen Freibetrag von 500 000 Euro, den besonderen Versorgungsfreibetrag von 256 000 Euro und auch die Steuerfreiheit selbstgenutzten Wohneigentums. Die unveränderte Zuordnung eingetragener Lebenspartner zur Steuerklasse III, an der die Union aus ideologischen Gründen festhält, ist daher nur bei höheren Vermögen relevant.

Bei Erwerbern der Steuerklassen II und III stehen höhere persönliche Freibeträge (20 000 Euro statt 10 300 Euro bzw. 5 200 Euro) erhöhten Steuersätzen gegenüber. Tendenziell wird dies zu einer künftig höheren Steuerbelastung führen.

Der persönliche Freibetrag für Ehegatten wird um über 60 Prozent auf künftig 500 000 Euro angehoben, der Freibetrag für Kinder auf 400 000 Euro nahezu verdoppelt und der Freibetrag für Enkel mit künftig 200 000 Euro gegenüber dem geltenden Recht fast vervierfacht. Zusätzlich bleibt Wohneigentum steuerfrei, das der überlebende Ehegatte zehn Jahre selbst nutzt, also weder vermietet, verpachtet oder verkauft. Bei Übertragung des elterlichen Wohneigentums an Kinder ist diese Steuerbefreiung auf insgesamt 200 qm beschränkt.

Steuerprivileg für Unternehmen

Für Firmenerben wird es zukünftig zwei Optionen geben, deren Wahl bindend ist, d.h. nachträglich nicht geändert werden kann.

Option 1: Firmenerben, die den ererbten Betrieb im Kern sieben Jahre fortführen, werden von der Besteuerung von 85 Prozent des übertragenen Betriebsvermögens verschont. Voraussetzung dafür ist, dass eine Lohnsumme von 650 Prozent im Gesamtzeitraum (durchschnittlich also fast 93 Prozent) erhalten bleiben. Eine weitere Voraussetzung ist, dass das im Betrieb befindliche Verwaltungsvermögen (z. B. an Dritte überlassene Grundstücke, Kunstwerke, Edelsteine, Wertpapiere) nicht höher als 50 Prozent ist.

Option 2: Firmenerben, die den ererbten Betrieb im Kern zehn Jahre fortführen, werden komplett von der Erbschaftsteuer verschont. Voraussetzung ist, dass die Lohnsumme der zum Erbzeitpunkt entspricht. Außerdem darf sich zum Zeitpunkt des Betriebsübergangs nicht mehr als 10 Prozent Verwaltungsvermögen im Betriebsvermögen befinden. (...) ■

Danke all jenen, die unserem Spendenaufruf schon gefolgt sind, und jenen, die dies noch tun werden.

■■■ Fortsetzung von Seite 16

Bürger, die jahrelang auf eine Fertigerschließung warten, eine zügigere Antwort verdient haben.

Weiteres Beispiel:

Vor mehr als 2 Jahren haben wir in einer Klausurtagung in Ostrach das Thema "Gründung von Stadtwerken" fast zwei Tage ausgiebig besprochen. Wir hatten das Gefühl, dass man uns "Stadtwerke" durchaus schmackhaft machen wollte. Dann gab es eine sehr lange und sehr leise Denkpause. Ich selbst habe mich im Netz umfassend über neue Stadtwerke kundig gemacht und viel telefoniert.

Erst nach schriftlicher Aufforderung von der SPD-Fraktion kam es dann zu einer (seit Jahren entschlafenen) Fraktionssprechersitzung. Da diese nichtöffentlich ist, möchte ich darüber nichts aussagen.

Und dann kam in der vorletzten Gemeinderatssitzung der "unangekündigte" Höhepunkt:

In einer persönlichen Erklärung ließ Herr Oberbürgermeister Johann Krieger uns Gemeinderäte und die geneigte Öffentlichkeit wissen, dass die Verwaltung total gegen die Gründung von Stadtwerken sei. Und er, der Herr Oberbürgermeister, werde in der nächsten nichtöffentlichen Sitzung dem Thema Stadtwerke den "Todesstoß" versetzen.

Mehr kann man leider nicht dazu sagen, weil die Vorberatung der Vergabe der Konzessionsverträge bisher nichtöffentlich war.

Also, Stadtwerke, ruhet in Frieden.

Gerhard Tessin, Redaktionsmitglied

Es scheint offensichtlich die Arroganz der Macht zu sein, die hier zum Tragen kommt. Was scheren da Bürgerinitiativen oder Anlieger. Was gut für die Stadt ist, wissen nur CDU und OB am besten. Ob die Bürger 2009 auch so denken?

(Siehe auch Seite 9) ■

Leserpost (6)

Ich lese immer wieder interessante Texte im "Roten Füchsle" und wundere mich, wie der Füchsle-Macher das Monat für Monat, Jahr für Jahr, neben seinem regulären Beruf "auf die Reihe" kriegt. Schließlich trägt er trotz einiger weniger Mitstreiter die Hauptlast.

Unter mehreren Texten der Dezember-Ausgabe fiel mir auch wieder ein Text der Serie "Neue Ehinger Straßen - Widerstandskämpfer" auf. Ich stelle fest, dass ich da durchaus Neues erfahre. Wenn ich selbst noch Zeitungsmacher wäre, hätte ich diese Serie hemmungslos aus dem "Füchsle" abgekupfert, natürlich unter Angabe der Quelle! :-) So zu verfahren, stünde auch jetzt noch den zwei offiziellen Ehinger Zeitungen gut an, es fiele ihnen kein Stein aus der Krone, wenn Sie ab und zu beim "Füchsle" eine Anleihe machten! :-)

Veit Feger
Ehingen

Leseraussage (mündlich)

Bisher habe ich euer Rotes Füchsle als gedrucktes Exemplar ins Geschäft erhalten. In der letzten Nummer habe ich gelesen, dass ihr auch sparen wollt. Schickt mir doch 's Rote Füchsle ab sofort per E-Mail, und ich werde es dann auch gerne meinem Kollegen weiterleiten.

Angestellter eines bundesweit bekannten Großunternehmens
Ehingen

Zwei Bahnmitarbeiter laufen die Eisenbahngleise entlang, um die Schienen zu kontrollieren. Auf einmal stolpert einer und knallt auf eine Schiene. "Aua", ruft er, "Mensch, ist die aber hart." Sagt darauf der andere: "Such dir nächstes Mal halt eine Weiche aus." ■

Haushaltsrede vom 18.12 2008 für die SPD-Gemeinderatsfraktion

Verschuldung sinkt zum sechsten Mal hintereinander. Ich hoffe ...

Zur Verabschiedung des Haushalts der Großen Kreisstadt Ehingen für das Jahr 2009.

Herr Vorsitzender, werte Kolleginnen und Kollegen,

Die Verschuldung sinkt zum sechsten Mal hintereinander. Ich hoffe, dass das biblische Gleichnis von den sieben fetten und den sieben mageren Jahren nicht zu wörtlich zu nehmen ist, denn sonst wäre 2010 das letzte fette Jahr. Es müssten dann sieben magere Jahre folgen.

Seit 6 Jahren müssen wir keine neuen Schulden aufnehmen. Da wir gleichzeitig Altschulden tilgen, sinkt die Gesamtverschuldung. Für den Haushalt 2009 müssen wir allerdings auf 9,2 Mio Euro Rücklagen zurückgreifen, um ca. 15 Mio Euro investieren zu können. Auch die Zuführungsrate fällt 2009 auf 3,9 Mio Euro, 2008 betrug sie immerhin noch 7,2 Mio Euro. Die restlichen Rücklagen von 13 Mio Euro halten nicht ewig. Hoffentlich kommt doch wieder mal ein fettes Jahr, um die Sparbüchse Rücklagen wieder zu füllen.

Ich will die Gedanken der SPD-Fraktion in dieser Haushaltsrede in fünf Schwerpunkte gliedern:

1. Schwerpunkt: Wahrung der öffentlichen Daseinsvorsorge

Die Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge müssen allen Bürgerinnen und Bürgern unabhängig von ihrem materiellen Leistungsvermögen zu angemessenen Preisen und in möglichst hoher Qualität zur Verfügung stehen. Deswegen hätten wir uns bei den unverzichtbaren öffentlichen Aufgaben immer gegen bestimmte Modelle der Finanzierung gewehrt. Manche Modelle waren schon vor der so genannten Finanzkrise unmoralisch, aber nur, wenn man nicht auf den angeblich schnellen Gewinn hereingefallen ist.

Gott sei Dank wurden solche Modelle in Ehingen nicht einmal als Gedankenmodelle durchgespielt, zumindest nicht in der Öffentlichkeit. Auch "normale" Privatisierungen sind in vielen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge kein Allheilmittel. Leistungen wie Frischwasser, die Abwasseraufbereitung, die Feuerwehr, der öffentliche Personen-Nahverkehr, die Müllentsorgung, der Umweltschutz und Dienstleistungen wie die Bauleitplanungen müssen in öffentlichen Händen sein und bleiben. Bei anderen wichtigen Aufgaben wie Büchereien, Bädern, Kultur und auch Friedhöfen ist die Gefahr der Privatisierung nicht ganz so groß, weil diese Einrichtungen nur mit Zuschüssen funktionieren. Ich glaube, wir sind uns am Ratstisch einig, dass erst die Summe all dieser Einrichtungen ein "lebens- und liebenswertes" Ehingen ergibt. Und deshalb geben wir auch im Haushalt 2009 dafür wieder viele Euros aus.

Zur Daseinsvorsorge gehören auch die 2,8 Mio Euro, die wir 2009 für Erneuerungen in der Kanalisation ausgeben werden. Die Bürger haben uns deutlich klar gemacht, dass Wasser im Keller mehr als lästig ist. Es ist eine Gefährdung ihrer Daseinsvorsorge. Abwasserkanäle werden immer im Haushalt stehen, denn unser Kanalnetz hat inzwischen Dimensionen erreicht, dass immer etwas zu richten, zu erneuern oder zu ergänzen sein wird.

2. Schwerpunkt: Chancengleichheit bei Bildung und Betreuung

Gleiche Bildungschancen haben für die SPD einen hohen Stellenwert. Wenn wir in der Bildungspolitik die

→→→

Chancengleichheit nicht verwirklichen können, verspielen wir unsere Zukunft.

Für weite Teile der schulischen Bildung sind wir Kommunen nicht zuständig. Wir dürfen nur Rahmenbedingen gestalten, die allerdings auch sehr wichtig sind. In unserem Zuständigkeitsbereich versuchen wir seit Jahren diesem hohen Ziel gerecht zu werden. Vielleicht schafft es auch die Große Koalition uns zu helfen, indem sie ein IZZB-ähnliches Programm anpackt. Ich glaube, die Chancen dafür sind zur Zeit nicht schlecht. 100 000 Euro pro Schule wäre für die Schulstadt Ehingen eine echte Hilfe.

Die SPD-Fraktion ist froh, dass endlich auch die Längenfeldschule Ganztagsschule werden soll. Ein wichtiger Schritt in Richtung Chancengleichheit. Den 80 000 Euro Planungskosten im Haushalt 2009 folgen später ca. 2 Mio Euro Gesamtkosten.

Zwei weitere Schulen können in die Schulsozialarbeit einsteigen. Eine sehr wichtige Leistung für die Real- und Längenfeldschule, die dem Land inzwischen leider keinen Euro mehr wert ist. Weitere 2,7 Mio Euro Investitionen fließen 2009 direkt in unsere Schulen. Gut angelegtes Geld, auch für unsere Zukunftsfähigkeit.

Auf Kindergärten und Kleinkinderbetreuung möchte ich erst im nächsten Schwerpunkt eingehen.

3. Schwerpunkt: Sicherung von Arbeit und Wirtschaft

Dies ist der Schwerpunkt, bei dem der Gemeinderat und die Verwaltung gute Arbeitsbedingungen für die hiesigen Betriebe schaffen müssen. Dies gilt allerdings nicht nur für große Betriebe, sondern genau so für den Mittelstand und Handwerker. Schnelle Erschließung und genügend gewerbliche Bauflächen sind Voraussetzung für eine weitere Entwicklung unserer Betriebe. Die Erweiterungen der Fa. Liebherr zeigen, dass Gemeinderat und Verwaltung hier die gleichen Ziele haben.

Leider haben wir auf die überörtliche Verkehrserschließung nur wenig Einfluss. Verbesserungen der Verkehrsachse Ehingen — Ulm und damit der schnelle Zugang zur A7 und A8 finden so gut wie nicht statt. Es ist mehr als ärgerlich, dass sogar eine verbesserte Querverbindung zur B30 wieder total zerredet wird. Von einem Eisenbahndurchstich von Erbach direkt nach Ehingen will ich inzwischen nicht einmal mehr träumen. 15 km neue Schienen sind nicht machbar und damit auch keine Schnellbahn im Donautal.

Ein anderes Thema, das aber sehr wohl zum Bereich Arbeit - Wirtschaft gehört, ist der weitere Ausbau der Kleinkinderbetreuung. Nur der gute Ausbau dieser Betreuung wird den Familien - und damit vielen Arbeitnehmern - mehr Flexibilität und Entscheidungsfreiheit bringen. Frauen, besonders die gut ausgebildeten Frauen, können und wollen Familie und Beruf besser miteinander verbinden. Schon heute fehlen den Betrieben gut qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Der Neubau an der Hopfenhausstraße wird ca. 1 Mio Euro kosten. Das klingt viel, aber mit einer einzigen "versauten" Milliarde der Herren Finanzganoven könnte man 1 000 solcher zukunftswichtigen ...

> Das sage ich bewusst so, denn bisher haben wir doch so getan, als wäre die ganze Krise ein Versehen, so als ob man sich halt ein bisschen geirrt hätte. Nein, hinter vielen Vorgängen muss eine fast unendlich große kriminelle Energie gesteckt haben, aber ich befürchte, das wird man erst aufarbeiten, wenn alle Betroffenen verstorben sind.

... Einrichtungen bauen. Aber inzwischen gehört eine Milliarde ja zum Bereich Kleingeld.

Schön wäre es, wenn sich große Ehinger Betriebe und andere große Einrichtungen auch einmal an die Schaffung von Krippenplätzen heranwagten. Viele Beispiele im Land zeigen, dass betriebliche Kinderbetreuung ein nicht zu unterschätzender Standortvorteil sein kann. Im aktuellen "Wirtschaftsmagazin im Südwesten" ist ein mehrfach ausgezeichnetes Beispiel der Fa.

→→→

Baufritz beschrieben. Es ist gleichzeitig auch ein Beispiel für die Notwendigkeit: mehr Frauen müssen Firmen leiten.

Erfreulich ist, dass die Regelkindergartengruppen im Laufe des Jahres 2009 jeweils von 2 statt wie bisher von 1,5 Erzieherinnen betreut werden sollen. Im Bereich Kindergärten, Kinderkrippen, Schulsozialarbeit und Jugendhaus arbeiten inzwischen deutlich mehr als 50 Personen - ein schöner mittelständischer Betrieb.

Die SPD-Landtagsfraktion hat einen Gesetzentwurf zur mittelfristigen Einführung des beitragsfreien Kindergartens vorgelegt. Wer den Bildungsauftrag der Kindergärten wirklich stärken will und wer Familien mit Kindern spürbar entlasten will, muss den Kindergartenbesuch bald gebührenfrei anbieten. Um Herrn Finanzbürgermeister Baumann mit solchen Gedanken nicht zu sehr zu erschrecken, muss betont werden, dass dies nur mit einer stärkeren Beteiligung des Landes machbar ist. Es ist heute nicht mehr einzusehen, dass nur noch für Kindergärten Elternbeiträge erhoben werden. Wenn für die 5-Jährigen das verpflichtende Kindergarten- oder dann Schuljahr kommt, muss die Gebühr sowieso fallen.

Zu diesem Schwerpunkt gehört auch die Nichtanhebung der Hebesätze. für die beiden Grundsteuern und die Gewerbesteuer. Dies tut allen Bürgern, den Betrieben und natürlich auch der Landwirtschaft als wichtiger privater Daseinsversorger gut. Wir liegen bei allen drei Hebesätzen unter dem Landesdurchschnitt.

4. Schwerpunkt: Unsteuern in der Energieversorgung

Diesem wichtigen Ziel kommen wir mit der neuen Hackschnitzelheizung beim Gymnasium näher, die bald drei größere städtische Einrichtungen mit Wärmeenergie versorgen wird. Auch der Einsatz von Faulgas für die Schwimmbaderwärmung ist ein richtiger Schritt. Die bisherigen Solaranlagen auf der Realschule, auf dem Rathaus, auf der Längenfeldschule und der neuen Halle in Berg sind allerdings nur ein kleiner richtiger Schritt auf dem Weg zu einer echten Energiewende. Der Kreis wird an der Berufschule mit der zweiten Hackschnitzelanlage nachziehen. Wahrscheinlich wird der Kreis auch eine Anlage mit Kraft-Wärmekopplung errichten. So etwas fehlt in Ehingen bisher.

Wir hoffen, dass die schon länger geplanten Energiepässe bald weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz in städtischen Gebäuden einleiten werden.

Bei diesen Maßnahmen geht es hoffentlich nicht wie beim Rathaus, als erst der Einsatz der Opposition die große und richtige Lösung brachte. Hier sei angemerkt, dass ...

... es für uns unverständlich ist, dass eine Verwaltungsspitze, die angeblich immer mit offen Karten spielt, derartige Zicken macht, wenn Gemeinderäte schon mehrfach Gutachten einsehen wollten, die mit Steuergeldern bezahlt wurden.

Wer sich so aufführt, setzt sich dem Verdacht aus, er habe vielleicht doch etwas zu verbergen. Einsicht bedeutet auch nicht unbedingt einen Papierkrieg.

Das Thema Stadtwerke wird wohl mit dem Tagesordnungspunkt 3 der heutigen Sitzung endgültig für die nächsten 20 Jahre erledigt sein. Vielleicht hat die nächste Generation mehr Erfolg. Es ist schade, dass der Mut etwas Neues zu wagen am Ende total verschwunden ist.

Der Kreis hat eine unabhängige Energieberatungsstelle geschaffen. Wir werden beantragen, dass die Verwaltung und der Gemeinderat mit dieser für den ganzen Kreis zuständigen Energie-Agentur eine Bestandsaufnahme macht und daraus ein Energiekonzept entwickelt.

Dass die Gemarkung in Ehingen, um Ehingen und um Ehingen herum fast eine windenergietechnikfreie Zone ist, haben wir schon öfters kritisiert. Der Wind weht trotzdem, denn er weiß ja nichts davon.

→→→

5. Schwerpunkt: Stärkung der Bürgerdemokratie

Es fällt mir sehr schwer, für diesen Punkt positive Ansätze zu finden. Bei den beiden umstrittensten Vorhaben allein im vergangenen Jahr ging die Beteiligung der Bürger — also das Stichwort Bürgerdemokratie — gründlich daneben. Wenn wir das Verhalten der Verwaltungsspitze analysieren, kommen immer die gleichen Ergebnisse heraus:

- die Verwaltungsspitze meint, Bürger, die vorher informiert werden wollen, gibt es nicht, sonst würde man sie doch informieren
- die Verwaltungsspitze gibt deutlich zu erkennen, Bürger, die mitdenken wollen, sind lästig
- für die Verwaltungsspitze sind Bürger, die mitreden wollen, total überflüssig
- aber Bürger, die sogar mitentscheiden und mitgestalten wollen, sind für die Verwaltungsspitze untragbar und oft keiner Antwort wert.

Es gibt tatsächlich Verwaltungsspitzen - leider nur in anderen Städten - die gehen auf die Bürger zu, sie informieren die Bürger, sie reden mit den Bürgern und sie fragen sogar ihre Bürger — ganz im Sinne einer aktiven Bürgerdemokratie.

Für Ehingen gilt: Wer keine Gemeinderatsdemokratie gelernt hat, kann auch keine Bürgerdemokratie umsetzen.

Diese Demokratieform wird hoffentlich für Ehingen nicht mehr all zu lange ein Wunschtraum bleiben. Auch die Anwendungsbereiche für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide müssen erweitert werden. Die Frage der Zulassung solcher Begehren muss neu gestaltet werden. Die Zulassung darf auch nicht mehr von einem gnädigen Ja eines Gemeinderates abhängig sein. Leider kann dies nur in Stuttgart geändert werden.

Willy Brandts politisches Ziel ist immer noch aktuell: "Mehr Demokratie wagen."

Ich möchte nun noch auf die großen Maßnahmen in diesem Haushalt zu sprechen kommen:

Der nächste und dann letzte Bauabschnitt im Franziskanerkloster wird kommen müssen. Das Gebäude liegt in einem Sanierungsgebiet. Sanierungsgelder stehen nicht für ewige Zeiten zur Verfügung.

Der Umbau des Glockenplatzes als Kreisverkehr ist zu begrüßen. Hoffentlich gehören dann die Staus in der Lindenstraße bald genau so der Vergangenheit an wie die Staus am Schiffberg und in der Alamannenstraße. Hier möchte ich noch ein Lob für die Bauarbeiten am neuen Kreisel in der Altsteußlinger Straße aussprechen. Schnell und zügig, mit einem Minimum an Verkehrsbehinderung wurde diese Baustelle durchgezogen. Seit die Markierungsarbeiten abgeschlossen sind, gibt es auch keine fahrtechnischen Missverständnisse mehr zwischen Fußgängern, Radlern und Autofahrern.

Der Umbau der Kreuzung B 311 + B 465 ist geplant. Hoffen wir, dass zumindest auf der B311 dann der Verkehr wieder ein klein wenig flüssiger wird. Es gibt noch große Bedenken, wie sich die beiden Kreisel in Stoßzeiten (Liebherr-Berufsverkehr ...) auf den mehr innerstädtischen Verkehr auswirken wird. Vielleicht wäre es wichtig, die Liebherrkreuzung noch einmal in die Planungsüberlegungen einzubeziehen.

Ein neues Löschfahrzeug für die Feuerwehr in Granheim bringt einen weiterer Schritt zur Umsetzung des Feuerwehrkonzeptes auf der Alb. Wieder ein bisschen mehr Sicherheit für die Bürger.

Obwohl die Verwaltung damals in der ersten großen Streichliste des Jahres 2003 vorschlug, die freiwilligen Zuschüsse für die so genannte Vatertierhaltung zu streichen, hat die Mehrheitsfraktion einzig und allein diesen Punkt aus der Sparliste herausgenommen. Schon damals blieben 45.000 Euro treu und brav in Haushalt - es sei nochmals betont - gegen den Vorschlag der Verwaltung.

- Fortsetzung in der nächsten Ausgabe.
- Es gilt das gesprochene Wort.

IN EUROPÄISCHEN ZEITUNGEN GELESEN

Quelle: eurotopics@bpb.de

Rumänien hat gewählt

Rumänien hat Ende November ein neues Parlament gewählt. Nach den bisher veröffentlichten Ergebnissen liegen die Sozialdemokraten (PSD) knapp vor der konservativ-liberalen Demokratischen Partei (PD-L). Dritte Kraft wurden die Nationalliberalen (PNL) von Ministerpräsident Calin Popescu Tariceanu. Die europäische Presse kommentiert den knappen Wahlausgang und die bevorstehenden, komplizierten Koalitionsverhandlungen.

+++ Evenimentul Zilei - Rumänien. Nach dem knappen Wahlsieg der Sozialdemokraten (PSD) in Rumänien kommentiert die Tageszeitung Evenimentul Zilei die schwierigen Koalitionsverhandlungen: "Eine Regierung, in der PNL [Liberale] und PD-L [Liberaldemokraten] einander auf die Finger schauen, wird die europäischen Fonds und die Ausschreibungen für die zukünftigen Infrastrukturprojekte korrekter managen. In Wirklichkeit scheren sich Politiker keinen Deut um ideologische oder programmatische Vereinbarkeit. Die PNL wird am wahrscheinlichsten mit jenem Partner koalieren, der das meiste bieten wird — Posten in der künftigen Exekutive, Präfekten, Direktoren von nationalen Verwaltungsbehörden. Die Liberalen werden zudem nach Garantien verlangen, damit sie - falls sie nicht das Amt des Premierministers bekommen - nicht aus den Machtstrukturen entfernt werden." (02.12.2008)

+++ Adevarul - Rumänien. Zum ersten Mal wurde in Rumänien nach einem neuen System gewählt, das Direkt- und Verhältniswahl vermischt. Dazu schreibt die Tageszeitung Adevarul: "Eine kleine Revolution! Eine leise Revolution, wie eine Waffe mit Schalldämpfer, dazu bestimmt, die Mängel der Politik zumindest in Teilen auszumerzen, längerfristig sogar die Politik zu reformieren. Kurzfristig können sich die Ergebnisse, obwohl wenig spektakulär, dennoch sehen lassen.

Aus dem Parlament schieden auf den ersten Blick unantastbare Galionsfiguren, ... die sich nicht der neuen Direktwahl stellen wollten, darunter Veteranen wie Ion Iliescu und Nicolae Vacaroiu. Die großen Niederlagen wurden nach der Wahl sichtbar. Politiker, die sich bisher auf den Parteilisten in Sicherheit fühlten, ... zittern jetzt vor Angst, dass sie keinen Sitz im neuen Parlament bekommen. Einige mussten wahre Blamagen hinnehmen. ...
Und es gibt noch eine weitere positive Auswirkung der Direktwahl: Nur die direkte Auseinandersetzung mit den Wählern überzeugte die Parteibarone, sich dem frischen Politikernachwuchs ... zu öffnen." (02.12.2008)

+++ Népszabadság - Ungarn. Die rechtsradikalen und anti-ungarischen politischen Kräfte seien bei den rumänischen Wahlen kläglich gescheitert, schreibt die linksliberale Zeitung Népszabadság. "In Rumänen hat ein sorgloses Land gewählt, dessen Bürger mit der derzeitigen wirtschaftlichen und politischen Situation mehr oder minder zufrieden sind.

Vielleicht hatten sie noch nie so wenig Grund zur Unzufriedenheit wie jetzt. ... Was aus ungarischer Sicht aber noch wichtiger ist: Die radikalen Parteien sind bei den Wahlen kläglich gescheitert - zusammen mit ihrer schnöden Ungarnfeindlichkeit.
Was im Wahlkampf besonders auffiel, war das Fehlen jedweder anti-ungarischer Rhetorik. ...

■

Herzlich willkommen

Zu unseren Veranstaltungen ergeht hiermit freundliche Einladung an alle Mitglieder, die Presse und eine gesamte interessierte Öffentlichkeit.

Dienstags-Treff

öffentliche Mitgliederversammlung

13.	**Schwert Ehingen**
Januar	**20.00 Uhr**

Kommunalwahlen - Schwerpunkte

- Aktuelle Viertelstunde
- Aktuelles aus dem Gemeinderat Ehingen
- Aktuelles aus dem Kreistag
- mögliche Themenschwerpunkte zu den bevorstehenden Kommunalwahlen (vgl. Haushaltsrede ab S. 19)
- Verschiedenes

Nächster Dienstagstreff:
03. Februar 2009
Gaststätte Schwert

... solange die Endlagerung nicht geklärt ist.

Wer 's Rote Füchsle per E-Mail bekommt, sieht die Welt gleich ein bisschen farbiger ...

Vorstand und Redaktion wünschen der gesamten Leserschaft alles Gute für das Jahr 2009.

Zugleich bedanken wir uns für gute Wünsche zum Jahreswechsel, die Ortsverein und Vorstand entboten wurden.

Dank gilt auch allen, die am Gestalten der Ortsvereinsarbeit mitwirken - sei es als Aktive bei den Veranstaltungen, vor allem dem Dienstagstreff, sei es bei Mithilfe wie zum Beispiel dem Landesparteitag in der Lindenhalle, sei es bei Erstellung und Verteilung des Roten Füchsles, sei es bei Vermittlung sozialdemokratischer Grundhaltungen in Beruf und Freizeit - und sei es durch Beitragszahlungen und Spenden für unsere politische Arbeit.

Ein herzliches Danke gilt auch allen unseren Leserinnen und Lesern, die sich zum Roten Füchsle immer wieder äußern und an Befragungen und Diskussionen teilnehmen - aus nah und fern ... ■

Die Bescherung

Eine arme Witwe schreibt einen Brief an das Christkind: "Liebes Christkind, ich bin sehr arm, bitte schicke mir EUR 100." Der Brief gelangt irgendwie zur Hausbank, wo sofort eine Sammlung durchgeführt wird, die EUR 90 ergibt. Das Geld schicken sie der Frau.

Die Witwe schreibt in ihrer Dankbarkeit zurück: "Liebes Christkind, vielen Dank für das Geld. Aber schicke es das nächste Mal nicht mehr an die Bank, denn diese Gauner haben mir gleich EUR 10 Bearbeitungsgebühr abgezogen!" ■

's Rote Füchsle ab sofort (auch?) per E-Mail: Rotes.Fuechsle@t-online.de
Übrigens: E-Mailadressen, die uns fürs Rote Füchsle genannt werden, verwenden wir für nichts anderes und geben sie selbstverständlich auch an niemand weiter.